

Industrie und Regierung verweigern weitere Forschung über Mobilfunk-Gefahren (*Pressemittelung Die Grünen, 4.7.2007*)

Zur aktuellen Diskussion über die Fortführung des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms erklärt die umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Sylvia Kotting-Uhl:

Telekom, Vodaphone, e-plus und O2 sind ihre Gewinne offenbar wichtiger als das Vertrauen ihrer Kunden. Umwelt-Staatssekretär Michael Müller gab bei der heutigen Debatte im Umweltausschuss des deutschen Bundestags bekannt, dass die Mobilfunknetzbetreiber es abgelehnt haben, sich weiter an der Erforschung möglicher Gefahren durch den Mobilfunk im Rahmen des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms (DMF) zu beteiligen. An dem Ende 2007 auslaufenden DMF-Programm hatten sich die Betreiber noch mit 8,5 Millionen Euro beteiligt.

Die Verweigerung der Mobilfunkbetreiber ist nicht nur aus Gründen des Gesundheitsschutzes völlig unverständlich. Sie ist auch in deren eigenem Interesse kontraproduktiv, weil sie nicht vertrauensbildend sondern Misstrauen verstärkend wirkt. Immerhin hat das Bundesamt für Strahlenschutz schon 2006 erklärt, dass über Langzeitwirkungen und über die besondere Empfindlichkeit von Kindern wegen lückenhafter Forschungsergebnisse noch keine abschließenden Aussagen möglich seien.

Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht nachvollziehbar, dass die Regierungsparteien heute den Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen auf Verlängerung des Mobilfunk-Forschungsprogramms abgelehnt haben. Während die Linke und sogar die FDP diesen Antrag unterstützten, verstiegen sich CDU-Vertreter gar zu der Behauptung, dass die Forderung nach weiterer Forschung „Panikmache“ sei.

Die grundsätzliche Ablehnung der Netzbetreiber und die Ignoranz der CDU/CSU zeigen, dass sie nicht verstanden haben, dass Ängste der Bevölkerung genau dadurch gefördert werden, dass Transparenz und Erforschung möglicher Folgen verweigert werden.
